

Der Deutsche Metallarbeiter

Organ für die Arbeiter und Arbeiterinnen der Metall-, Sütten- und chemischen Industrie

Erscheint wöchentlich Samstags. Abonnementspreis durch die Post bezogen vierteljährlich 1.50 Mk. Einzelnenpreis die Spedition. Mißverständnisse für Arbeitslosensuche 75 Pfg., Geschäfts- und Telefonanzähler 1 Mk.

Eigentum des Christlichen Metallarbeiter-Verbandes Deutschlands.

Schriftleitung und Geschäftsstelle: Duisburg, Stavelor 17. Fernruf 9366-67. Schluß der Redaktion: Samstag, morgens 11 Uhr. Aufschriften und Abonnementsbestellungen sind an die Geschäftsstelle zu richten.

Nummer 31

Duisburg, den 31. Juli 1920

21. Jahrgang

Die Rufer zum ewigen Krieg

Über allem Gedankt, über aller Dual und aller Not, die das einzelne Menschenherz und die Seele von Völkern und Staaten durchbohren, steht die versöhnende große soziale Idee des Christentums. In ihr allein liegen die Kräfte, die Arzneyen, die der totwunden Welt Heilung und Genesung bringen können.

Aber diese Medizinien helfen nichts, wenn der Mensch nicht will, wenn er nicht heraus will aus seiner egoistischen Staats- und Wirtschaftsanschauung, wenn er nicht heraus will aus dem materialistischen Gefüge der Welt.

Krieg, Mord, Unterdrückung, Sklaverei, Knechtschaft, furchtbare Arbeitsfron ohne gerechte Entlohnung, Mißachtung der arbeitenden Hände, alles das sind die Erkennungsmerkmale materialistischer Tendenzen. Die Welt seufzte darunter und trotzdem hat sie bis jetzt diese Schlucht noch nicht durchschritten, weil sie nicht will.

Die materialistische Anschauung ist aufsteigend der Welt viel zu lieb geworden. Der Kapitalist verteidigt sie im Wirtschaftsleben und bangt um seinen Geldbeutel, die Sozialdemokratie verteidigt sie, weil sie ihre Weltanschauung ist.

Beide, der extreme Kapitalismus und die Sozialdemokratie sind, obwohl sie noch den größten Teil der Wirtschaft und einen sehr großen Teil der Arbeiterschaft in ihren Fängen halten, doch nur Zeichen des Niederganges, Verwesungserscheinungen einer niedergebroschenen Weltanschauung, die durch den Krieg furchtbar gräßlich zeigte, wohin sie Menschheit und Welt getrieben hat.

Die Millionen Toten auf den fumpfigen Schlachtfeldern in Flandern, auf den Steppen Rußlands, im Wüstensande Arabiens, die Todeschreie derer, die aus den Flugzeugen stürzten, und auf dem Meere untergingen, sind ebensobiele Anklagen und Flüche gegen die materialistische Weltanschauung, welcher der Kapitalismus und die sozialistische Idee huldbigen.

Das erhabene Wort des Christentums ist Versöhnung, Gemeinsamkeit; das schredliche Wort des Sozialismus ist Rache.

Das erste Wort ist das wahrhaft große, wahrhaft moderne, weil es zum Höhenweg führt, das zweite Wort reißt in die Niederungen des Daseins, verstrickt die Menschheit im Dornengestrüpp und läßt sie da verbluten.

Hat die sozialistische Idee den elementaren Schrei verstanden, der aus dem Herzen des Proletariats sich hoch rang, den sehnsüchtigen Ruf nach Licht, nach Sonne, nach Höhe, nach oben? Sie hat ihn verkrümmt, verbogen und bildete sich ein, den Drang des Proletariats verstanden zu haben. Sie sagte zum Proletariat, daß Licht und mehr Brot, Sonne und mehr Lohn, Höhe und weniger Arbeitszeit, oben und Diktatur des Proletariats identisch sei. Das qualvolle Drängen des Proletariats, die chaotischen Wirbel in seiner Seele nach Geißigkeit, nach Gleichachtung, nach hohem Versehen war für die sozialistische Idee eine schillernde Phrase. Sie schob alles, gemäß ihrer Asseitigen Art, auf das Materielle hin.

Sie verdrängte das Sein, das Leben eines großen Teiles des Proletariats, hielt ihn unten und peitschte ihn auf, goß in seine Sinne das Gift des Zweifels an die Kraft ethischer Motive, füllte seine Ader mit dem brutaler Gedankenstrom der Rache und gauselte seiner Phantasie das berückende Eden einer neuen Welt vor, wo die Arbeiter frei, wo jeder Tag ein Stück Sonntag und wo die früheren Ausbeuter jetzt die Knechte der Ausbeuteten sein sollten.

Und das sozialistische Proletariat griff zu, umrauscht, umnebelt, im Haschischtaumel seine Wege gehend.

Es erkannte nicht den ungeheuren Zwiespalt, die trotz ihrer Dimensionen lächerliche Lüge der Sozialdemokratie nach Völkerverständnis und Völkerverständnis.

Aber die sozialistische Idee will gar keine Versöhnung, sondern Kampf; keine Gemeinschaft, sondern Diktatur; keine Liebe, sondern Rache.

Das ist das Schicksal der sozialistischen Idee, daß sie, aus dem Grunde eines materialistischen Zeitalters geboren, eine wirtschaftlich sicher notwendige Umänderung und Besserung nur wieder erreichen wollte auf dem Wege der Materie, daß sie weiter nichts sah als die Oberfläche der unsozialen Verhältnisse und es ihr nicht gelang — auch ihrem Altmeister Marx nicht gelang, in die Tiefe des wahrhaftigen Grundes der unsozialen und bedrückten Zustände zu schauen, wie es das Christentum welches fordert, daß von innen heraus Menschheit und Welt belebt und durchgeleitet werden müsse. Da

die sozialistische Idee nur das Materielle, die Oberfläche sah und sich ganz darauf einstellte, hatte sie zur „Besserung“ der Verhältnisse auch nur materielle Waffen zur Hand. Sie griff zum Klassenkampf und zur Diktatur des Proletariats, mit dem die Ausbeuteten ihre Ausbeuter niederwerfen und die Herrschaft an sich reißen wollen. Daß das genau die gleiche Unterdrückung, die gleiche Rechtslosmachung, die gleiche harte Form bedeutet, wie sie bis jetzt die oberen Schichten den unteren auferlegten, bedarf keiner Worte mehr.

Und diese Idee will sich vermaßen, einen Völkerfrühling, eine neue Welt, ein besseres Zeitalter heraufzuführen.

Diejenigen, welche nach der Diktatur des Proletariats rufen, rufen zugleich nach dem Gefühl, rufen nach Gehehen und nach neuem Menschenmord. Sie wollen den Haß bis ins Endlose verlängern, sie wollen den ewigen Krieg, genau dieselben, die die großen Meiden für Beendigung des Weltkrieges hielten und sich nicht genug tun können mit Worten von „Völkerfrieden“ und „neuer Gesellschaft“.

Das sozialistische Proletariat ist von dem Begriff Diktatur des Proletariats fasziniert, und wenn die Mehrheitssozialisten auch sagen, daß die Diktatur im Grunde genommen nichts anderes bedeute als Demokratie, die Kommunisten und U. S. sind so freundlich, den Schleier von der Spiring Diktatur herunterzuziehen, die nun in ihrer ganzen Brutalität dasteht.

Was bedeutet nun eigentlich Diktatur? Karl Kadel, einer der Hauptleute im Sowjetrußland, gibt in seiner Broschüre „Die Entwicklung des Sozialismus von der Wissenschaft zur Tat“, folgende Antwort: „Die Diktatur ist die Herrschaftsform, in der eine Klasse den anderen rücksichtslos ihren Willen diktiert“. Je stärker der Sozialismus in einem Lande entwickelt ist, desto blutiger ist die proletarische Revolution, desto rücksichtsloser die Maßnahmen, vermittle derer die fliegende Arbeiterklasse ihre Gegner unter ihre Flügel nehmen wird... Die Revolution diktiert nicht mit ihren Feinden, sie zerschmettert sie...“

Die Bedingungen, die Moskauer an die deutsche U. S. P. zwecks Aufnahme in die dritte (Moskauer) Internationale stellte, die aber bis jetzt vorjorglich von den deutschen U. S. -Herren verschwiegen wurden, amen den gleichen furchtbaren Geist der Rache.

Wir lassen die hauptsächlich Punkte Lenins folgen:

1. Die Diktatur bedeutet das Wegjagen der Bourgeoisie durch eine revolutionäre Vorhut im Gegensatz zu der Auffassung, daß man erst die Mehrheit bei den Wahlen haben müsse. Durch die Diktatur bekommt man die Mehrheit und nicht durch die Mehrheit die Diktatur.
2. Die Diktatur bedeutet Anwendung von Gewalt und Terror.
3. Diejenigen, welche bei dem gegenwärtigen kapitalistischen Terror und dessen Grausamkeiten den Bürgerkrieg beurteilen und vor ihm zurückschrecken, sind in Wirklichkeit reaktionär gewesen.
4. Die Diktatur des Proletariats und die Herrschaft der Sowjets bringt die Notwendigkeit mit sich, den Apparat des bürgerlichen Staates auch dann zu vernichten wenn er republikanisch-demokratisch ist.
5. Jede Revolution bedeutet im Gegensatz zu dem Wege, den die Reform einschlägt, eine außerordentlich radikale Krise, die die größten Opfer von uns fordert.
6. Freiheit der Presse und Versammlungsfreiheit würden bedeuten, daß man der Bourgeoisie das Recht einräumt, die öffentliche Meinung zu vergiften.
7. Nur durch die Enteignung der Enteigner kann man die Massen der Ausbeuteten gewinnen.
8. Die deutschen Unabhängigen und die Longuetisten unternehmen nichts, um die Armee in eine rote Armee zu verwandeln, und sie weigern sich, die ungeschlichen Methoden der Regierung ihrerseits mit ungeschlichen Methoden zu beantworten.

So enthüllen sich die sogenannten sozialistischen Weltfriedensbürger in Wahrheit als die furchtbarsten Schlächter, die ebenso gewissenlos die Menschheit in Tod und Verderben stürzen, wie es der extreme Kapitalismus auch tut. Ja, sie sind noch gefährlicher, denn sie umgeben sich mit der Toga des Friedens und tragen einen Delzwei in den Händen.

Wer aber nun glaubt, es seien allein die Bolschewisten, die derartige „Programme“ aufstellten, ist im Irrtum, die deutsche Sozialdemokratie kann es genau so. Und das ist gut, denn man weiß wenigstens, daß alle Meiden von Demokratie usw. nur Fohseleien sind, die dazu dienen, um der Masse Sand in die Augen zu streuen.

Daß es den deutschen Sozialdemokraten gar nicht darauf ankommt, ob bei ihren Kämpfen die deutsche Wirtschaft und damit auch das ganze deutsche Volk leiden und zugrunde gehen, das sagte mit einer furchtbaren Offenheit der letzte Vorsitzende des sozialdemokratischen Metallarbeiterverbandes, Dismann, auf der Stuttgarter Generalversammlung 1919, der freilich seit dieser Zeit manches Stüchchen zurückgesteckt hat: „Wir wollen hier allgemein zum Ausdruck bringen: Die alten Methoden des Kampfes dürfen nicht mehr maßgebend sein, hier heißt es, viel entscheidender eingreifen, und wenn es auch ohne Erschütterungen des Wirtschaftslebens nicht abgeht.“

Der sozialdemokratischen Metallarbeiterzeitung unter Leichenmüllers fet. Redaktion wäre es gegen ihre Würde gegangen, wenn sie diese Worte ihres Vorsitzenden nicht noch etwas schmuckhafter für ihre Mitglieder gemacht hätte. In radikalen Ton mußte sie doch unbedingt ihren Herrn und Meister übertreffen. Die Nr. der Metallarbeiterzeitung wimmeln von Auslassungen über die Diktatur des Proletariats, wir wollen nur einige herausgreifen, die deutlich zeigen, wohin der Weg geht.

Nr. 1 1920. „Die revolutionären Organisationen werden die Werkzeuge sein, mit denen das Proletariat seine Gegner umklammern und zermalmen wird.“

Nr. 5 1920. „Sie (nämlich diejenigen, die auf dem Boden der demokratischen Republik stehen) zittern und bebren. Sie wissen, daß ihr Ende nahe ist. Eine Bartholomäusnacht fürchten sie... Sie fürchten die Bluthochzeit. Und ihre sonst so ärmliche Phantasie läßt sie erschauern, sobald sie die künstlich zurückgedämmte Wut des Volkes zu spüren bekommen.“

So werden die niederen Leidenschaften der Masse angefaßelt, so weist man sie auf den Weg, den sie bei Putzchen zu gehen haben.

Und diese „Führer“ wollen für Weltfrieden Propaganda machen?

Noch nie, wo sie irgendwo auftaucht, hat die sozialistische-kommunistische Idee ein Volk glücklich gemacht, es sei denn, daß diese Gründungen auf dem Boden des Christentums vorgenommen wurden, wie die Jesuitenreduktionen in Paraguay und die evangelischen Brüdergemeinschaften in Mähren im 16. Jahrhundert.

Aber diese erstrebten ihre Ziele nicht mit materialistischen Tendenzen, nicht mit „ökonomischem Zwang und 21 Zentimeter-Kalibern“, wie die rote Fahne schreibt, sondern mit der Liebe des Nächsten. Sie handelten nach dem Grundsatz „Was mein ist, ist dein“ entgegen dem Programm der sozialistischen Idee: „Was dein ist, ist mein.“

Der sozialistische Gedanke ist der Rufer zum ewigen Krieg. Alle Toten, die auf dem Wege zur Erreichung der Diktatur des Proletariats hinstanden, alle Tränen von Müttern und jeder Schrei eines Kindes, dem man den Vater oder den Bruder nahm, fallen auf ihn zurück. Er ist der Schuldige, der Mörder, der Unterdrücker, er der „Weltfriedensbringer“.

Und glauben wir nicht, daß diese Friedensbringer eine fremde Ueberzeugung achteten. Die große Turcofälle in ganz Deutschland, die Knebelung der Meinung der anderen, der Zwang, die brutale Gewalt, die von roten Gewerkschaftlern angeordnet wurden, reden eine niederstimmernde Sprache. Das sind keine Einzelerfahrungen, die Leute, die so handeln, befolgen ja nur getrenn ihre Lehre. An uns christlichen Gewerkschaften liegt es, den Bann zu brechen und uns gegen jede Bergewaltigung zur Wehr zu setzen. Eine Diktatur des Proletariats würde den Untergang jedes christlichen Gedankens bedeuten.

Wir wollen keine Diktatur, weder von rechts noch von links.

Damit baut man ein niedergebroschenes Land nicht auf. Nicht durch Knebelung irgend einer Klasse, sondern durch gemeinsames Schaffen, durch Solidarität aller Stände wird Deutschland wieder hochkommen. Die sozialistische Rufer zum ewigen Krieg reißen Deutschland in den Abgrund, der christliche Gedanke wird unser Land aufbauen.

Durch!

Die wirtschaftlichen Verhältnisse im deutschen Vaterlande stehen vor dunkeln Mästelstrahlen. Wo ist der Anfang, wo ist das Ende? Dämmert noch ein Licht dem armen auf dem Meere von Not u. Herrlichkeit umbrandeten deutschen Schiffen? Auf der einen Seite drohen die furchtbaren Bedingungen von Versailles und Spa. Niemals seit dem Untergangsfrieden von Karthago sind einem Volke größere, schwerere und teuflischere Lebensbedingungen auferlegt worden als dem zusammengebrochenen Volke der Deutschen. Würden die Deutschen diese Lebensbedingungen in ihrem ganzen Umfange kennen, würden sie die Tragweite dieser Bedingungen für sich, ihre Familie, ihre Kinder, für Staat und Wirtschaft kennen, es würde nur ein allgewaltiger Aufschrei nach Neuerung und Gerechtigkeit durch das Volk gehen.

Leider, leider! Wenn es nur ein Jahr des Taumels nach berühmtem Ausspruch gegeben hätte, dann wäre es vielleicht noch annehmbar gewesen. Aber der Taumel, die Bier, die Vergnügungssucht, die Wucherer, Schieber hat nicht abgenommen, im Gegenteil, es ist, als wollte noch einmal jeder, der etwas Geld zur Verfügung hat, sich einige vergnügte Tage machen, um dann — na, um dann dem State zur Last zu fallen. Die Straßen der Großstädte liegen sich unter der Last eleganter Kofolme, Autos mit brillantbesetzten und goldbehangenen „Herren“ und „Damen“ fahren in nie gekannter Anzahl durch die Straßen. In ihren Händen klebt der Schweiß und kleben die Tränen von hungernden Proletarierfrauen und Proletarierkindern. Wann wird denn endlich der Galgen für Schieber und Wucherer am Potsdamer Platz aufgestellt? Was können das deutsche Volk zehntausend Schieber angehen? Weg damit! Die Schieber in Lebensmitteln, in Kohlen, in Industrieartikeln. Unsere Gesetze, die jeden armen Kerl, der ein Brot stiehlt, belangen, müssen für dieses Gesindel die Todesstrafe vorsehen.

Leider hat sich auch ein Teil der Arbeiterschaft von dem elenden Materialismus und Egoismus der oberen Kreise anstecken lassen, die Arbeiterschaft, auf deren gesunden Sinn und deren gesunde Seele es vor allen Dingen beim Wiederaufbau Deutschlands ankommt. Die Verantwortung der Arbeiterschaft, aber auch ihr Streben nach oben sind notwendige Faktoren im neuen Deutschland. Eine Arbeiterschaft, die sich ihre oft nur scheinbare Besserstellung durch Sabotage, durch Verringerung der Notstandsarbeiten erringen wollte und die gerade dadurch die Armen, Kranken, Frauen und Kinder, gerade wieder das Proletariat am meisten trifft, begeht ein Verbrechen am deutschen Volke und derjenige sogenannte „Arbeiterführer“, der durch radikale Phrasen noch die Masse aufputscht, ist ein Lump. Wer waren diese Radikalen, als es in dem Kriege galt, durch intensive gewerkschaftliche Arbeit das Proletariat zu heben? Da verflochten sie sich, feige, schwarzgelben hinter dem Meister und Betriebsführer her, schwärzten die Gewerkschaftler an, lieferten die Streikbrechergilden und betätigten sich als „Gelbe“.

Vor kurzem habe ich einen drastischen Fall erlebt. Bei einer großen Kundgebung unseres deutschen Gewerkschaftsbundes in Wien polterte ein Unabhängiger in den radikalsten Tönen los und schimpfte, was das Zeug halten konnte. Was war er gewesen? Derselbe Radikalinstinkt hatte 1914 in Hamm bei einem Gelbenfest die Fahne des gelben Werkvereins getragen. So sind sie.

Wer die Arbeiterschaft hochbringen will, der soll die radikalen Phrasen beiseite lassen. Starke ethische Motive und unermüdbare Arbeit in der Organisation, das sind die Pfeiler, auf denen eine wirkliche Hebung des Arbeiterstandes sich vollziehen kann.

Aber nicht allein die Sabotage, die wilden Streiks sind Sünden am Volke und am Verantwortungsgefühl der Arbeiterschaft, der materialistische Strom der Vergnügungen und des übermäßigen Geldausgebens hat sich auch bei einem kleineren Teile der Arbeiterschaft eingeschlichen. Daß der Arbeiter, der acht Stunden im monotonen Geräusch der Maschinen steht, jeden Nerv und jeden Sinn anstrengen muß, nach der anderen Seite zur Abspannung und Erfrischung berechnete Vergnügen notwendig braucht, bedarf keiner Erläuterung. Als der Weisheit letzter Schluß sind aber nun wirklich nicht die Kinovorstellungen, denen mancher täglich einen Besuch abstattet und auch nicht die ständigen Tanzvergnügen anzusehen.

Frägt die alten, ergrauten Gewerkschaftler, die für den Aufstieg der Arbeiterschaft stritten, ob sie Zeit hatten, täglich einem Vergnügen nachzugehen? Wer ein Führer sein will — und jeder Gewerkschaftler muß das sein — der muß seine Augen höher heben als nur zu den Kinoprogrammen.

Fassen wir es zusammen: Auf der einen Seite die nachlässigen Forderungen der Entente zu Spa und Versailles, und daneben ein bedeutender Volksteil, der nichts anderes kennt als Vergnügen, deren Strom leider auch schon in die Arbeiterschaft sich hinein zu ergießen droht. Errichten wir die Dämme starken Charakters, ehe es zu spät ist. Durchpachen bei uns selbst, das ist das erste Wort. Der bekannnten-bösen Regiergung würden lange nicht soviel Vorwürfe gemacht, wenn jeder bei sich selbst einmal mit der Reform anfänge. So schiebt man aber der Regierung die Schuld an manchen Verhältnissen zu, an denen sie unschuldig ist.

Der Friedensvertrag von Versailles ist die erste Lappe, die das deutsche Schiff zu umfahren hat; das lödende Wort von Moskau ist die zweite. Wie hypnotisiert hatten die radikalen Massen, von ehrgeizigen Führern angeleitet, nach dem fernen Osten, von dem das Heil kommen soll. Daß der Kommunismus Rußland völlig ins Unheil stürzt, daß er nach Lenins eigenen Worten

sich als unfähig zum Aufbau einer großen Wirtschaft zeigte, daß Rußland die ausländischen Kapitalisten um Hilfe angeht, daß zudem die Wirtschaftsbedingungen Rußlands u. Deutschlands ganz verschieden sind, das sehen die Massen nicht; die Führer verschweigen es. So glaubt denn ein Teil des deutschen Proletariats, man brauche sich nur Rußland in die Arme zu werfen, um den Himmel auf Erden zu haben. Die Toren! Von einem Sowjetbundtag in Rußland wissen sie anscheinend noch nichts. Das Tollste bei der ganzen Sache ist, daß die Menschen, die jeden Augenblick rufen: Die Waffen nieder (das gilt natürlich nur für die Reichs- und Sicherheitswehr) geradezu frohlocken bei jedem Waffenerfolg der Bolschewisten und nichts schmerzlicher wünschen, als daß die Bolschewisten auch bald mit Geschützen, Keilerel, Minenwerfern etc. nach Deutschland kämen.

Durch diese beiden Klippen müssen wir durch. Wir werden unsere Pflicht tun gegen die Menschheit und am Aufbau der neuen Welt mitarbeiten. Aber über unsere Kraft zu arbeiten, kann keiner verlangen. Wir wollen nicht auf Kosten der Gesundheit unseres Volkes Raubganz für die Entente treiben. Das lehnt die deutsche Arbeiterschaft unbedingt ab. Wir haben uns im Vertrauen auf die vierzehn Punkte Wilsons ergeben, aber nie ist das Hoffen eines verwunden Volkes schmählicher betrogen und belogen worden, als durch die Entente, die die vierzehn Punkte beseitigt hat und — diktiert. Wir wissen, daß es eine Weltgerechtigkeit gibt, und darauf hoffen wir.

Wenn wir durchkommen wollen, müssen wir zunächst einmal den elenden Haber im eigenen Volke zurückstellen. Wir müssen an der eigenen Reform arbeiten und in Staats- und Wirtschaftsleben muß der Geist der Gerechtigkeit und Gemeinamkeit, aber nicht der Geist des Egoismus, des Materialismus und der Unterdrückung herrschen.

Durch müssen wir. Durch Versailles, durch Moskau und durch uns selbst. Dann erst werden wir ein neues, freies und großes Volk werden.

Die soziale Ausfuhrabgabe

Heinrich Kreil

Die soziale Abgabe ist seit Wochen Gegenstand größerer Auseinandersetzungen zwischen Arbeitgeber- und Arbeitnehmervertreter in den Wirtschaftskörpern und Außenhandelsstellen geworden. Der gemeinsam von Arbeitgeber und Arbeitern gefaßte Beschluß der Anregung der Erhebung einer sozialen Abgabe wurde zum Kampfobjekt, bei dem die Arbeitgeberseite besonders scharfes Geschick aufbrachte und mit großer Fähigkeit gegen die Abgabe auftrat.

Welche Bewandnis hat es mit der sozialen Abgabe? Noch allen ist die Zeit des Ausverkaufes Deutschlands im vergangenen Jahre in frischer Erinnerung. Die sprunghafte Verschlechterung unserer Valuta gab dem Ausland günstige Gelegenheit, sich mit geringen Mitteln in den Besitz der wirtschaftlichen Güter unseres Landes zu setzen. Für uns unerwünschte Warenpreise waren für den Ausländer ein billiges Angebot. Zwei Umstände waren es, die diesen Ausverkauf begünstigten. Zunächst das Hoch im Westen, das von unseren Feinden für ihre wirtschaftlichen Zwecke möglichst lange offen gelassen wurde und durch das einerseits riesige Massen von Schund- und Luxuswaren ins Inland flossen, andererseits aber ungemessene Werte zu geringen Preisen ins Ausland strömten. Dann trug aber noch der Umstand zum Ausverkauf bei, daß ein großer Teil der deutschen Unternehmer und Kaufleute die Lage nicht rechtzeitig erfaßten und die Erzeugnisse dem Ausland zwar mit einem Aufschlag, aber auch dann noch zu einem lächerlich geringen Preis überließen. Mancher Unternehmer glaubte eine Leistung vollbracht zu haben, wenn er mit einem fünfzigprozentigen Aufschlag auf den Inlandspreis ein Auslandsgeschäft abschloß, während der tatsächlich einen Aufschlag von mehreren hundert Prozent hätte berechnen müssen. Der lachende Teil war zunächst der ausländische Abnehmer, der dann den Gewinn einheimste. Aber dieses Verfahren schuf uns auch noch Feinde im Ausland und zwar in der ausländischen Industrie, die das Vorgehen als eine Schmutzkonkurrenz betrachtete, die uns in Mitleid brachte. Wenn man feststellen konnte, daß eine Schweizer Waggonfabrik für einen bestimmten Waggentyp auf Grund der deutschen Angebote für das erforderliche Material einen Preis von 18 000 Fr. fordern mußte, dagegen eine deutsche Waggonfabrik ein Angebot abgegeben hat, das sich auf erheblich weniger als die Hälfte dieses Preises stellte; wenn zeitweise in der Schweiz deutsche Werkzeugmaschinen billiger zu kaufen waren als Roh Eisen vom gleichen Gewicht; wenn Zelluloidartikel, für die der normale Preis der Schweiz 20 Franken beträgt, beim Einkauf auf der Frankfurter Messe dem Schweizer Importeur nur auf 3 Franken zu stehen kamen, dann läßt es sich verstehen, daß die ausländische Industrie auf Schaffung oder Erhöhung von Einfuhrzöllen drängte und das deutsche Ansehen darunter litt.

Diesen Gefahren konnte nur auf zwei Wegen begegnet werden. Entweder Anpassung der Inlandspreise an die Weltmarktpreise oder Erhebung angemessener Aufschläge für Auslandsaufträge. Der erstere Plan wurde denn auch von einigen Interessengruppen stark vertreten und leider zum Teil auch durchgeführt. Leider, denn die jetzigen wirtschaftlichen Erschütterungen zeigen, daß der Weg verderblich war. Der zweite Weg war der gangbarere und wurde denn auch beschritten. Die mehr oder weniger kräftige Durchführung hing von dem Vorhanden-

sein und der Schaffung geeigneter Organismen ab. Dank deren Maßnahmen wurden die Auslandsaufträge den Weltmarktpreisen angepaßt, das Ansehen der deutschen Industrie und des deutschen Kaufmannes gewahrt und der volle Verdienst am Gesamtgut kam der heimatischen Volkswirtschaft zugute. Immerhin war es auch da noch ein engbegrenzter Kreis, der daraus Nutzen zog, nämlich der Kreis der Fabrikanten und Exporteure. Restliche Verdienste fließen in deren Taschen. Die große Masse des Volkes hatte davon keinen direkten finanziellen Vorteil, ja vielleicht sogar Nachteil, indem, verführt durch die hohen Salutzugewinne, manche Industrie und manche Unternehmer die heimatische Volkswirtschaft zugunsten der Ausfuhr vernachlässigte. Das Ansehen der Inlandspreise wurde dadurch begünstigt und der heimatische Konsument in seiner Kaufkraft geschwächt.

Nichts lag näher, als einen Teil dieser unverdienten Mehrgewinne (Salutzugewinne) der Allgemeinheit zuzuführen. Es war die Vertretung der Arbeitgeber, die in der Zentralarbeitsgemeinschaft der Industriellen und gewerblichen Arbeitgeber und Arbeitnehmer Deutschlands die Anregung gab, bei der Ausfuhr eine soziale Abgabe zu erheben. Die dadurch dem Reich zuzustehenden Mittel sollten zugunsten der besonders notleidenden Bevölkerung, wie Rentnern usw. in Gestalt von Lebensmittelverbilligungen, Verwendung finden. Deshalb die Bezeichnung „soziale Abgabe“. Die Anregung fand in der Verordnungsgebung über die Außenhandelskontrollen vom 20. 12. 1919 ihre gesetzliche Bestätigung. Im § 6 dieser Verordnung wurde bestimmt:

„Bei der Ausfuhrbewilligung ist zugunsten der Reichskasse eine Abgabe zu erheben. Die aus der Abgabe fließenden Mittel sollen zur Förderung sozialer Aufgaben verwendet werden.“

Groß waren die Hoffnungen, welche auf diese gesetzlichen Bestimmungen gesetzt wurden, wirkten doch in Anbetracht unserer monatlichen Milliardenumsätze bedeutende Einnahmen, die im Interesse der Bedürftigsten des Volkes Verwendung finden konnten. Jedoch war die Rechnung ohne den heiligen Bürokratismus gemacht! Es verging Woche um Woche, Monat um Monat, ohne daß die Verordnung in die Praxis umgesetzt wurde. Am 8. April, also 4 Monate nach dem Erlass des Gesetzes, erschienen endlich die Ausführungsbestimmungen zur Verordnung. Ueber die Ursache dieser Verzögerung gelangte noch keine stichhaltige Begründung an die Öffentlichkeit. Der § 9 dieser Ausführungsbestimmungen rücht dem Reichswirtschaftsminister und dem Reichsminister der Finanzen das Recht zu, einen Tarif für die soziale Abgabe aufzustellen. Am 21. April wurden diese Tarifsätze in Höhe bis zu 10% des Wertes in weiteren Ausführungsbestimmungen bekannt gemacht und endgültig für den 10. Mai in Kraft gesetzt.

Bei Bekanntgabe dieses Termins war in allen beteiligten Kreisen die einheitliche Auffassung vertreten: „Die Ausfuhrabgabe kommt zu spät.“ Hunderte von Millionen Mark waren inzwischen dem Reich verloren gegangen, unwiederbringlich verloren. In den Monaten Dezember, Januar, Februar mit ihrem ungünstigen Valutastand (am 27. Januar kosteten 100 holländische Gulden 4204 Mark gegen 168 Mark im Frieden und zirka 1400 Mark gegenwärtig) wurde das Fett von der Suppe geschöpft und die Allgemeinheit hatte das Nachsehen. Seit Februar setzte eine anhaltende Besserung der Valuta ein und die Auslandsgewinne wurden dadurch beschlunken. Je nachdem sich in einzelnen Industrien die Inlandspreise dem Weltmarktsstand „angepaßt“ hatten, waren die Auslandsverkäufe teilweise sogar mit Verlust verbunden. Die Unternehmer saßen auf ihren teuer bezahlten Rohprodukten, Aufträge über Aufträge wurden annulliert. Die Unternehmer erklärten die Bezahlung der sozialen Abgabe für eine Unmöglichkeit, da die Voraussetzung hierfür, der Salutzugewinn, fehle. Es wurde ein regelrechter Feldzug dagegen unternommen. Den Anstoß gab die öffentliche Kundgebung des Vereins deutscher Maschinenbau-Anstalten am 19. Mai im Herrenhaus in Berlin. Die gefaßte Entschliessung forderte „die schleunigste Aufhebung der Ausfuhrabgabe für den Bereich des Maschinenbaues“. Ein Kompromiß wurde in der Entschliessung mit den Worten abgelehnt „eine etwaige Ermäßigung der Abgabe entsprechend dem Steigen der deutschen Valuta vermag der überaus schädlichen Wirkung der Abgabe nicht vorzubeugen.“ In den folgenden Wochen waren die Arbeitnehmervertreter in den Außenhandelsstellen einem diesbezüglichen Ansturm ausgesetzt. Die Stellung derselben war nicht leicht, stellten doch die Arbeitgeber große Betriebsbeschränkungen und damit verbundene große Arbeitslosigkeit in Aussicht; sie schoben die Verantwortung hierfür im Falle der Ablehnung ihrer Anträge den Arbeiterführern zu. Die Stellung der Arbeitnehmervertreter wurde noch dadurch erschwert, daß sie heute den Arbeitgebern gegenüber trotz deren Einsprüche die soziale Abgabe aufrecht erhalten, morgen mit den Arbeitgebern aber wieder über Lohnfragen verhandeln sollten.

Zum Teil konnte den Unternehmern die Berechtigung ihrer Einsprüche nicht abgesprochen werden, das Verlangen auf vollkommene Abschaffung der sozialen Abgabe dagegen mußte abgelehnt werden. Berechtigt war der Protest der Unternehmer und er fand auch die Unterstützung der Arbeitnehmervertreter, der sich gegen die Festsetzung der Tarifsätze durch das Wirtschaftsministerium ohne Zustimmung mit den sachverständigen Kreisen der Industrie zu nehmen, richtete. Vertreter des Wirtschaftsministeriums gaben selbst zu, daß die 946 Tarifpositionen schnellstens zusammengestellt worden seien, ohne immer geeignete Sachleute zu Rate zu ziehen. Es könnte deshalb keine Gewähr übernommen werden, daß das Gerechtigkeitsprinzip in allen Punkten gewahrt worden sei. Dies ist natürlich keine Art und Weise, Gesetze zu machen. An Zeit hat

es der Regierung, wie bereits dargelegt, wahrlich nicht gefehlt. Den Arbeitgebern kann allerdings auch nicht der Vorwurf erspart werden, daß sie mitschuldig an dieser Mißachtung ihrer Interessen sind, indem sie durch ihr ablehnendes Verhalten gegenüber den zu schaffenden Selbstverwaltungskörpern, diese verspätet, teilweise erst nach der Veröffentlichung des Abgabentarifses in Tätigkeit gesetzt werden konnten.

Die Arbeitnehmer stimmten deshalb zu, daß nach eingehender Prüfung dem Wirtschaftsministerium Vorschläge auf Aenderung einzelner Tarifpositionen unterbreitet werden sollten. Dieselben erkannten fernerhin an, daß bei Aufträgen die bei den veränderten Absatzverhältnissen verlustbringend seien, bis zum Zeitpunkt des Inkrafttretens des Tarifses die Ausfuhrabgabe nicht erhoben werden soll. Eine Nachforderung bei fest abgeschlossenen Preisen muß das Ansehen der deutschen Industrie und des deutschen Kaufmannes auf das schwerste schädigen und das Vertrauen zu uns in ausländischen Abnehmerkreisen erneut erschüttern, nachdem dasselbe in der vergangenen Zeit durch solche Forderungen schon einen starken Stoß erlitten hat. Vehemente Bedenken wurden allseits dagegen geltend gemacht, daß Kohlsäfte und Fertigsfabrikate einem unterschiedlichen Tarifsaß unterworfen sind (Kohlsäfte und Halbfabrikate gelagert als Fertigsfabrikate) und dadurch die Konkurrenzfähigkeit des Auslandes gegenüber der heimischen Industrie gestärkt wird. Einzig war man sich in Arbeitgeber, wie in Arbeitnehmerkreisen, daß im Wirtschaftsrat die Verordnung einer eingehenden Nachprüfung unterzogen werden muß, auch dahingehend, ob in Anbetracht der veränderten Marktlage die Verordnung einer Abänderung bedarf.

(Schluß folgt.)

Streiflichter.

Sozialistische Agitationsmethoden.

Unter dieser Ueberschrift veröffentlicht der Gewerkschaften christlicher Bergarbeiter einen Artikel in der Tagespresse, der unter Entschuldig der Tatsachen eine Entschuldig behandelt, die in einer Besonderen Metallarbeiterversammlung des Christlichen Metallarbeiterverbandes in Wuppertal gehalten wurde. Diese Versammlung hatte nicht „bei Gelegenheit der Verweigerung der Sonntagsarbeit auf den staatlichen Eruben“ stattgefunden — solche Versammlungen sind vom Christlichen Metallarbeiterverband überhaupt nicht einberufen worden — sondern schon am 6. Juli, also zu einer Zeit, als noch nichts von einer Verweigerung der Sonntagsarbeit irgend Durchdringung der Forderung von 100 Prozent bekannt war. Wohl gäbe es, wie bei allen Besonderen Metallarbeiter, auch bei ihnen. Die seit jeher aufgestellte Forderung auf Bezahlung von 100 Prozent für Sonntagsarbeit war, trotz mehrfach erfolgter Erweigerung des Rohmentariffs durch die Bergarbeiterverbände, um keinen Schritt weiter gekommen. Zu der durch das Uebereinkommen zu leistenden Mehrarbeit wurden auch sie herangezogen, ob — daß ihnen die den Bergarbeitern zufallenden Vergünstigungen zuviel wurden. Auch der Tarifkommissionsbeschuß, der durch Einsetzung einer 1/4 stündigen Pause gewissermaßen eine Verlängerung der Schichtzeit und dadurch eine Verstärkung der Arbeitsbedingungen bedeutete, war nicht dazu angeht, das Vertrauen zu den Bergarbeiterverbänden zu stärken. Kein Wunder also, daß die Besonderen Metallarbeiter mit der Verweigerung ihrer Arbeitsbedingungen durch die Bergarbeiterverbände unzufrieden sind und lauter denn je nach der vollen Verstärkung durch ihre Berufsverbände in allen sie betreffenden Angelegenheiten verlangen; hoffend, daß hierdurch ihnen vom Untertagebetrieb wesentliche Verbesserungen zufließen werden. Kein Wunder darum auch, daß eine solche Entschuldig zum Ausdruck kam. Von einer sozialistischen Agitationsmethode, wie der Gewerkschaften christlicher Bergarbeiter zu schreiben beliebt, kann also keine Rede sein. In der Entschuldig hieß es auch nicht: Die Besonderen Metallarbeiter erblicken die Ursache hierzu „in dem Verhalten der Bergarbeiterverbände“ in der Verhandlungssache. In der Verhandlungssache ist der Bergarbeiterverband nicht erwähnt, denn vom Verhalten der Bergarbeiterverbände war nicht die Rede. Sollte vielleicht hier das Gewissen geschlagen haben, das zu eigener Bloßstellung zwang, vielleicht, weil man sich nicht ganz frei von Schuld wußte? Und warum erwähnt der Gewerkschaften christlicher Bergarbeiter nicht gleich darauf folgenden Satz: „Sie protestieren mit aller Entschiedenheit dagegen, daß die Bergarbeiterverbände die allgemeinen Tarifverhandlungen allein führen, in denen sie den Wünschen und Forderungen der Besonderen Metallarbeiter nicht Rechnung tragen.“ Das ganze in dem Artikel noch folgende Geschreibsel wäre dann ja sinnlos gewesen! Also mit Wacht wird der Sinn der Entschuldig zu entstellen versucht! Daß die verschiedenen Berufsverbände nur an dem Lohnabkommen und nicht am Tarifabschluß „mitwirken“, ist jedem Besonderen Metallarbeiter bekannt. Nicht minder bekannt ist ihm aber auch, daß seine Lohnverhältnisse noch wesentlich schlechter sind, wenn dieses nicht der Fall wäre. Doch hier handelt es sich nicht darum. Die Unzufriedenheit wird nicht hervorgerufen durch das Lohnabkommen, wie der Gewerkschaften christlicher Bergarbeiter in der Verhandlungssache, sondern durch die Verweigerung der Sonntagsarbeit und Ueberstunden in so unbedeutender Weise ist, ist es, der die Entschuldig der im Christlichen Metallarbeiterverband organisierten Besonderen Metallarbeiter zustande kommen ließ, und — auch das kann man ruhig behaupten — dieses Lohnabkommen ist die Ursache, die zur Verweigerung der Sonntagsarbeit auf den staatlichen Eruben geführt hat.

R. R. G.

Das sind die Revolutionäre.

Unter dem Titel „Massenkämpfer“ haben wir in unserem Organ Charakteristiken über gewisse Heilige der Revolution unseren Kollegen vor Augen geführt. Der u. s. v. Volksbeauftragte Borch hat in dem Buch „Aus der Werkstatt der Revolution“ aus seinem Herzen keine Mördergrube gemacht und so richtig nach Herzenlust allen Revolutionsheiligen von Liebknecht bis Richard Müller die Maske vom Gesicht gezogen. Die brüderliche Solgerlei, die zwischen M. S. — U. S. — R. P. D. — R. U. P. D. — zwischen Zentralgewerkschaften, Unionisten, Syndikalistischen, Anarchisten, der Betriebsrätezentrale Müllers und der Betriebsrätezentrale der sozialdemokratischen Gewerkschaften stattfindet, fördert manches schöne Stück zutage.

So schreibt der Vorsitzende der Koblenzer U. S. P., Kühne, laut Vorwärts vom 17. Juli: „Die Zustände innerhalb der Koblenzer Ortsgruppe der U. S. P. sind in den letzten Wochen so unhaltbar geworden, daß jeder klarsichtige Arbeiter sich mit Absicht davon abwendet. Die Vorstande der Diktatur des Proletariats“, wie sich die Spitzen des Vorstandes mit Vorliebe nennen, sind nicht im geringsten fähig, diesem Mißstand die wahre Deutung zu geben. Verwunderlich ist das nicht. Mühselig ist doch gegen Vorstandsmitglieder, die vor kurzem noch Mitglieder einer gelben Gewerkschaft waren, entliehen Front machen, als sie verstanden, eine kommunistische Ortsgruppe zu bilden. Der Abgeordnete Fries (Mün) ist unter diesen Geistes, und mein Versuch, die Genossen aus der Partei auszuscheiden, scheiterte.“

Daß die Gelben in Scharen zu den U.S.P. und Kommunisten kommen, ist eine bekannte Tatsache. Nun, dahin passen sie auch. Ein weiterer interessanter Fall ist der des u. s. v. Reichstagsabgeordneten Wendelin Thomas.

Wendelin Thomas, eine wunderbare Blüte am herrlichen U.S.P.-Baum, ist laut Vorwärts als eine der bekanntesten und fähigsten Größen erwähnt worden. Er trieb sich zur Revolutionszeit in Wilhelmshafen herum, pulsierte die Massen auf und hatte nebenbei als Lehrmeister mit der bekannten Schreiber-Makule. Na, gleich und gleich gesellt sich gern. Die u. s. v. „Freiheit“ war aus allen Himmeln gefallen, als der Vorwärts frohlockend den Fall des armen Schänders Wendelin Thomas ans Tageslicht zog und ihn ganz behaglich lang und breit ausschaltete. Die Sterne am U.S.P.-Himmel beginnen so langsam zu verbunkeln. Die besseren Elemente von Rantsh bis herunter zum radikalen Ueberflieger werden gezwungen, ihr Bündel zu schüttern, weil sie den radikalistischen Massen noch nicht revolutionär genug sind. Mittlerweile lassen sich diese Massen bann von den Wendelin Thomas und ähnlichen leiten.

Wie die revolutionären Mäe „arbeiten“, erfährt man immer am besten, wenn auf den Verhandlungen der sozialdemokratischen Gewerkschaften die sozialistischen Vertreter Wagners zu Worte kommen. Auf dem Verbandstage der Buch- und Steinbrücker-Hilfsarbeiter so auch der Gewerkschaften Metallarbeiter gegenüber den radikalen Vertretern folgenden bemerkenswerten Wort:

„Die Berliner Kollegen sollten den bayrischen nur nicht mit dem Mitleidstem kommen. Die Bayern wissen, wie es in der Wahrheit aussieht, sie haben mehr als genug davon. Die revolutionären Mäe in Bayern scheuen sich nicht, ihre eigenen Arbeitskollegen ins Gefängnis zu stecken.“

Das sind die „Herren Revolutionäre“. Gewöhnlich waren die Arbeiter früher gelb und wie für vordem der Arbeitergeist in den Massen gefallen sind, so tun sie es jetzt mit dem gesamten deutschen Wirtschaftsleben und dem deutschen Volk. Jener Wendelin Thomas dürfte in seiner Branche nicht der einzigste sein. Unsere Kollegen mögen die Augen aufpassen!

*

Sozialdemokratische Schutzrenten.

Bekanntlich finden wir in einer Schutzrentenverordnung schimmeler Art. Ob das nun allein von den Bergeschäften kommt, an denen u. a. auch u. s. v. Rosenberg hervortritt, verleiht war oder sonst woher, interessiert, daß Herrschaften, die sonst gehässig die Klappe vollnehmen, „von wegen Not des Volkes“ so kindum hinterherum sich an Schiebergeschäften mit Schuppen betätigen. Die sozialdemokratischen Berliner Stahlverordneten Kontraktierer Zucht und Schuch waren handlich Samosatisch verfahren laut Presse erst einigen anderen eiden Verheer 17 000 Paar Stiefel, die die Stadt Berlin für die ärmere Bevölkerung erkaufen hatte im Kettenhandel. Die Stadt Berlin wollte sie für 14 M. an die Damen abgeben, aber die Herren Schieber dachten, daß 30 Mark, also 100 Prozent mehr, ja auch noch für die Damen zu erzwängen sei. Warum auch nicht. Letzten Endes muß der Schieber doch auch leben. Man denke sich nur, welche enormen Anstrengungen er täglich leisten muß, um seinen Wein zu konsumieren und seine „Arbeiter“ zu unterhalten. Das macht Kopfschmerzen, davon hat ja so ein sozialistischer Prolet überhaupt keine Meinung. Diese sozialdemokratischen Schieber, die wahrscheinlich in manchen Versammlungen so kräftig von der Not des Volkes geredet haben, geben wieder einmal ein skandalöses Beispiel der Theorie und Praxis in der Sozialdemokratie.

Bekanntmachung des Vorstandes

Da die Beiträge immer für die kommende Woche im voraus zahlbar sind, so ist für Sonntag, den 1. August, der 32. Wochenbeitrag fällig für die Zeit vom 1.—7. August.

Es erhalten die Genehmigung zur Erhebung folgender Beiträge: Bromberg: Ab 1. August: 1. Klasse 6 Mark, 2. Klasse 5 M., 3. Klasse 4 Mark.

Die Abrechnung für das 2. Quartal ist spätestens bis zum 1. August an die Hauptverwaltung einzuliefern. Die zur Abrechnung gehörenden Belege und der rechnungsmäßig an die Hauptkasse abzuführende Geldebetrag ist mit der Abrechnung gleichzeitig zu übermitteln.

Aus der Branchenbewegung.

Konferenz der Besonderen Metallarbeiter, Heizer und Maschinisten.

In einer vom Christlichen Metallarbeiterverband einberufenen Konferenz der Besonderen Metallarbeiter, Heizer und Maschinisten, wurde ausführlich Bericht erstattet über die letzte Tarifbewegung im Ruhrbergbau. Hervorgehoben wurde, welche Schwierigkeiten der Durchführung einer Lohnbewegung im Bergbau entgegenstehen, da diese Lohnbewegung bereits Mitte April eingeleitet worden war und erst Ende Juni zum Abschluß gelangte. Die Verhandlungen sind namentlich darum so schwierig, weil eine Lohnbewegung seitens des Besonderen Verbandes von einer Kohlenpreiserhöhung abhängig gemacht wird und die darauf folgenden Verhandlungen im Reichstagslokal, bezw. mit der Reichsregierung in Berlin sehr langwierig und umständlich sind.

Daß bei dem diesmaligen Tarifabschluß die Löhne der Besonderen Metallarbeiter, Heizer und Maschinisten noch nicht die in anderen Industrien gezahlten Löhne erreichen, beruht darauf, daß die Besonderen Metallarbeiter von den Besonderen immer noch als weniger qualifizierte Arbeiter angesehen werden. Selbst die Bergarbeiterverbände stellen sich oftmals den berechtigten Wünschen der im Tagesbetriebe beschäftigten Besonderen Metallarbeiter entgegen, wie sie es z. B. in einer Konferenz am 27. April ablehnten, die Differenz in der Entlohnung der unter und über Tage Beschäftigten zu Gunsten der Letzteren verringern zu lassen.

Wenn auch die Besonderen Metallarbeiter anerkennen, daß infolge der großen Kohlennot für die Bergarbeiter ein Anreiz geschaffen werden muß, unter Tage zu arbeiten, so dürfen doch letzten Endes die Besonderen nicht vergessen, einen Anreiz zu schaffen, überhaupt im Bergbau zu arbeiten, da sonst die tüchtigsten Kräfte der handwerklichen Berufs ihre Arbeitsstellen auf Bechen sehr bald verlassen werden. Man begrüßt sehr, daß die diesmalige Lohnbewegung ohne Kohlenpreiserhöhung eingeleitet ist, konnte aber nicht zugehen, daß die gegenwärtigen Löhne bereits ihren höchsten Stand erreicht haben sollten. Man begrüßt ferner die eingetretene Stabilisierung der Preise und wünscht baldigst einen weiteren Preisabfall, der der Arbeiterklasse die Gelegenheit geben wird, sich die Bedarfsartikel, Kleidung usw., anzuschaffen, die sie seit einigen Jahren zu entbehren gezwungen sind.

Es wurde weiter begrüßt, daß jetzt ausdrücklich festgelegt ist, „Arbeiter, die den vertraglich festgelegten Arbeiterorganisationen nicht angehören, haben keinen Anspruch auf die Leistungen des Tarifvertrages“; zu behaupten ist nur, daß einzelne Angehörige der Bergarbeiterverbände immer wieder versuchen, diese Bestimmung zu auslegen, als ob sie nur für die Mitglieder der vier Bergarbeiterverbände Geltung hätte, was selbstverständlich nicht den Tatsachen entspricht, vielmehr haben die Mitglieder aller gewerkschaftlichen Organisationen, die der Zentralarbeitsgemeinschaft angehören, Anspruch auf die Leistungen des Tarifvertrages, während die unorganisierten darauf keinen Anspruch haben.

Nach mehreren Ausführungen zur Arbeitszeit, Wochentag, Ueberstunden-Abkommen und Regelung des Lehrlingswesens wurde nachstehende Entschließung angenommen:

„Am 1. Juli in Essen tagend Konferenz der im Christlichen Metallarbeiterverband organisierten Besonderen Metallarbeiter, Heizer und Maschinisten befanden einmütig, daß der Christliche Metallarbeiterverband seit Jahren tatkräftig für ihre Interessen eingetreten ist.“

Wenn heute, trotz zweimaliger Erneuerung des im Oktober 1911 abgeschlossenen Tarifvertrages nicht alle berechtigten Forderungen der Besonderen Metallarbeiter, Heizer und Maschinisten erfüllt sind, so liegt das daran, daß die Besonderen Metallarbeiter, Heizer und Maschinisten von den Besonderen immer noch als weniger qualifizierte Arbeiter angesehen werden, und die Vertreter der Bergarbeiterverbände der Besonderen Metallarbeiter, Heizer und Maschinisten, abgesehen von den Lohnverhandlungen, nicht zu den Tarifverhandlungen hinzugezogen werden. Da die Arbeitsverhältnisse in den Tagesbetriebe der Besonderen grundverschieden von denen im unterirdischen Bergbetriebe sind, während die Besonderen Metallarbeiter, Heizer und Maschinisten, ihre Interessen durch ihre Berufsorganisationen vertreten zu sehen und verlangen, daß deren Vertreter zu allen Verhandlungen hinzugezogen werden, in denen ihre Arbeitsverhältnisse geregelt werden.

Zur Erneuerung des Ueberstunden-Abkommens bzw. dessen Anwendung auf die über Tage beschäftigten Handwerker spricht die Konferenz sich dahin aus, daß Ueberstunden nach Möglichkeit vermieden werden sollen, zumal die schlechten Ernährungsverhältnisse ein Uebermaß an Arbeitsleistung gar nicht zulassen. Dagegen verlangen die Besonderen Metallarbeiter, Heizer und Maschinisten für die achtstündige Arbeitszeit eine Entlohnung, die ihnen die Möglichkeit gibt, existieren zu können. Mühen zur Vereinfachung von Entlohnungen im Interesse der Aufrechterhaltung des geordneten Wirtschaftes bzw. Steigerung der Kohlenförderung gutwendige Reparaturen in Ueberstunden ausgeführt werden, so werden die Besonderen Metallarbeiter dieser Forderung gegenüber der Allgemeinheit nicht entgegen, verlangen aber, daß ihnen für Ueberstunden eine ausreichende Vergütung gewährt wird und erwarten, daß diese Entlohnung schnellstens mit dem Besonderen unter Hinzuziehung der Vertreter ihrer Berufsorganisationen geregelt wird.

Die Konferenz erklärt ferner, daß die Besonderen Metallarbeiter, Heizer und Maschinisten sich niemals in anderen Verbänden zwingen lassen werden, wie solche Versuche gegenwärtig von den Bergarbeiterverbänden gemacht werden; sie erklären vielmehr einmütig, daß ihre Interessvertretung ihre Berufsorganisationen sind und werden, daß die Besonderen Metallarbeiter, Heizer und Maschinisten dem Christlichen Metallarbeiterverband angehören, wenn nur dieser gewerkschaftlicher Zusammenschluß verbürgt bei der Vertretung wirtschaftlicher Interessen den Erfolg.

Ausflug und Kaufstoffer.

Essen. Nach eigenem Verstande: Inbezug auf Abschluß von Tarifverträgen betonen im Ruhr- und Kaufstofferwerke Essen. Hier haben wir es mit einem reaktionären Unternehmertum zu tun, das sich bisher noch nicht dazu herbeilassen konnte, ohne Inanspruchnahme des Schlichtungsausschusses einen Tarifvertrag abzuschließen. Schon im Februar 1919 machte zunächst die Schlichterinnung durch den Schlichtungsausschuß aufgesetzt werden, mit den Metallarbeiterverbänden in Verbindung zu treten. Demals im Februar 1919 kam nach mehrmaligen Verhandlungen ein Tarifvertrag abzuschließen. Im Herbst 1919 mußte ebenfalls wieder erst der Schlichtungsausschuß das letzte Wort in der Tariffrage sprechen. Innerhalb konnte man im vorigen Jahre noch feststellen, daß die Innung der Anzeigen des Schlichtungsausschusses wenigstens Folge leistete und sich seinen Beschlüssen unterwarf. Nicht so im Jahre 1920. In diesem Jahre wurde jede Verhandlung mit den Metallarbeiterverbänden, sowie jeder vom Schlichtungsausschuß Essen gefällte Schlichtungsbescheid von der Schlichterinnung abgelehnt.

So wurde ein Schlichtungsbescheid des Schlichtungsausschusses Essen, der eine Erhöhung der Löhne von 90 Pfennig bis 150 Mark pro Stunde vorsah, sowie ein weiterer Schlichtungsbescheid des Schlichtungsausschusses, der eine weitere Erhöhung der Löhne von 75 Pfennig bis 115 Mark bestimmte, abgelehnt, weshalb beim Demobilisierungskommissar die Verbindlichkeitsklärung beantragt wurde. Der durch gefällte Schlichtungsbescheid ist bereits für verbindlich erklärt worden und muß daher nach der Verordnung vom 12. Februar 1920 der vorgesehene Lohn ab 1. März nachgezahlt werden. Die Verbindlichkeitsklärung des zweiten Schlichtungsbescheides steht noch aus. Wir glauben aber, daß auch hier der Demobilisierungskommissar unseren Anträgen stattgeben wird.

Die Metallarbeiterverbände rechnen, da auch die Löhne der zweiten Schlichtungsbescheide an diejenigen anderer Handwerker noch nicht heranreichten, inzwischen wiederum Forderungen ein, und als abermals die Verhandlung abgelehnt wurde, wurde der Schlichtungsausschuß wiederum mit der Angelegenheit betraut.

In einer Sitzung fällt dieser den Spruch, daß die Innung innerhalb 14 Tagen mit dem christlichen und bescheidenen Metallarbeiterverband in Verbindung treten müsse, um einen Tarifvertrag abzuschließen, der die Löhne vorsieht, die ab 15. Juni Geltung haben sollen. Diesmal haben nun auch die Meister ihren reaktionären Standpunkt aufgegeben und sind in Verhandlungen eingetreten. Nach zweimaliger Verhandlung kam ein Tarifvertrag zustande, der folgende Löhne vorsieht, die ab 15. Juni bis 31. gezahlt werden müssen:

Im 1. Jahre nach der Lehre	8.25 M. pro Stunde
Im 2. Jahre nach der Lehre	4.— M. pro Stunde
Im 3. Jahre nach der Lehre	5.— M. pro Stunde
Vom 22. bis 24. Lebensjahre	5.60 M. pro Stunde
Für 24 jährige Gesellen	6.— M. pro Stunde
Für verheiratete Gesellen	6.30 M. pro Stunde

Ein Urlaub wurde festgelegt nach dem 1. Jahre der Beschäftigung 3 Tage, steigend für jedes weitere Beschäftigungsjahr um 1 Tag bis zur Höchstgrenze von 8 Tagen. Die übrigen Bestimmungen des Tarifvertrages vom 22. Februar 1919 wurden wieder neu angefaßt, so daß ab 15. Juni die Gesellen des Ruhr- und Kaufstofferwerkes unter geordneten tariflichen Verhältnissen arbeiten.

Ein Versuch, in den Verhandlungen auch die Verlehrsfrage bzw. Lehrlingsentlohnung einer Regelung zu unterziehen, scheiterte an dem Widerstand der Handwerksmeister, welche angeben, daß, solange sie noch Lehrlinge in Halle und Halle umsonst bekommen würden, sie keinen Lohn festlegen würden. Unter solchen Umständen haben wir von einer weiteren Besprechung der Lehrlingsfrage Abstand nehmen müssen. Wir haben aber darauf hingewiesen, daß einmal auch der Tag kommen werde, wo die Schlichterinnung sich mit den Gewerkschaften auch darüber unterhalten werden. Allen Gesellen und Lehrlingen des Schlichterinnunges möchten wir zurufen, schließt auch noch mehr wie bisher zusammen im christlichen Metallarbeiterverband und sorgt dafür, daß eure Interessen auch in Zukunft energisch vertreten werden. W.

Literatur

Der Weg zum Aufstieg. Von Georg Dieker.

Verlag Christlicher Metallarbeiterverband, Duisburg, 1. Markt.

Mit großem Interesse wurden seinerzeit die Leitartikel unserer Verbandsorgane aufgenommen, in welchen in großen Zügen sowohl an Hand der Geschichte, als der modernen Zeitströmungen die grundsätzliche Stellung der christlichen Gewerkschaftsbewegung zu den brennenden Tagesfragen behandelt wurde. Zum erstenmale wurden hier vom Standpunkt des christlichen Gewerkschaftlers aus die französischen, russische und deutsche Revolution in Parallele gestellt. Mit zwingender Logik führten die Artikel zu der Erkenntnis, daß die einzige Möglichkeit zum Aufstieg durch die von der christlichen Gewerkschaftsbewegung vertretenen Idee der christlichen Gemeinschaftsarbeit gegeben ist.

Die betreffenden Nummern unserer Verbandsorgane wurden von allen Seiten nachgefordert. Da die Auflage bald vergriffen war, sah sich die Schriftleitung veranlaßt, dem immer häufiger geäußerten Wunsch zahlreicher Kollegen nachzukommen, und die Artikelserie in Broschürenform herauszugeben. Nach einer Durchsicht und einer zweckentsprechenden Anordnung der einzelnen Abschnitte bietet diese Broschüre ein grundsätzliches Material von großem Werte für die Arbeit, die grundsätzliche Schulung und die Vorbereitung von Redatoren. Die Broschüre muß im Heibe eines jeden Kollegen sein. H. H.

Für unsere Betriebsräte.

Betriebsrätegesetz und Tarifvertrag

Das B.R.G. hat innerhalb der dreizehnten Verordnung vom 23. Dezember 1919 über Tarifverträge, Arbeiter- und Angestelltenvereine, Schlichtung von Arbeitsstreitigkeiten den zweiten, die Wünsche beiderseitigen Teils, erfüllt. Allerdings nicht im herkömmlichen, unbedingten Sinne von Erfüll. Vielmehr ist das B.R.G. als erster, geschlossener, arbeitserleichterndes Gesetzgeber, der nicht auf bloßem, ministeriellem Verordnungsweg, sondern auf der kritischen und allgemein interessierenden Metalebene über öffentlichen Meinungsaustausch, Körperschaftsresolutionen und politisches Parlament zustande kam, der Krisisfallpunkt des kommenden Arbeitsrechts, an den sich die anderen, namentlich sehr schwachlich ammutenden Verordnungen älteren Datums drängen, und mit dem sie durch seine, bedeutende Fäden, die durch eine ganze Reihe von B.R.G.-Paragrafen laufen, innig verflochten sind.

So greift insbesondere der Tarifvertrag, der in den sechs Abschnitten des Teiles I der Verordnung vom 23. Dezember 1918 rechtlich am stärksten behandelt ist, und von dessen vielen Problemstellungen nur zwei, die Abdingbarkeit und die Verbindlichkeitsklärung, dazu noch unzulänglich, geregelt wurden, an vielen Stellen in das B.R.G. ein, und streift diese Anknüpfungspunkte fast immer, (mit einer Ausnahme von 2 Paragraphen!) aus kurzen Hinweisen oder in Vorworten bestehen, räumen sie doch inhaltlich dem Tarifvertrag eine Mangelform ein, die sich an einigen Stellen nur innerhalb der auf Grund des B.R.G. möglichen oder notwendigen Neuschaffungen auswirken, sondern sogar allgemeine Bestimmungen des B.R.G. durch besondere tarifliche Bestimmungen außer Kraft setzen kann, ganz abgesehen davon, daß das B.R.G. durch neue Tarifverträge zugunsten der Arbeitnehmer erweiterungsfähig ist. Angehörig dieser dominierenden Stellung, die das Künftige des B.R.G. dem Naturprodukt: Tarifvertrag zuweist, berührt es besonders eigentümlich, daß dessen rechtliche Grundlagen und allgemeingültigen Bestimmungen noch nicht in einem großartigen Tarifrecht (wie z. B. in Österreich!) festgelegt sind, und man wird um so lebhafter den Vorarbeiten für das neue Arbeitsrecht, die im Aufschuß des Reichsarbeitsministeriums zur Schaffung des Entwurfes eines Arbeitsgesetzbuches vor sich gehen, Beschleunigung, aber auch Vertiefung und praktischen Wert wünschen.

Eine kurze, aber eindringliche Veranschaulichung der volkswirtschaftlichen und sozialen Bedeutung des Tarifvertrages ist hier am Platze: Der Tarifvertrag, das wichtigste und geistigste Instrument der Gewerkschaft im Kampfe zur Verbesserung der Lage der Arbeiterschaft, ist immer noch, — trotz sozialistischer Tarifhass, — von unerschütterlichen, volkswirtschaftlichen und sozialen Wert. Er ist ja, nicht zu hoch gesprochen, die Lebensgrundlage, die mit ihrer regulierenden Bewegung das Gleichgewicht herzustellen hat zwischen den Spannungen von Produktion und Konsum, Kapital und Arbeit, Preisdruck und Lohnkraft. Daß sie in den ungewöhnlich schmerzhaften Spannungen, in die der verlorenen Krieg und Revolution die deutsche Wirtschaft verwickelt haben, nicht befriedigend auszugleichen vermochte, und daß stets ein gefährlicher Spannungsräum zu Ungunsten der Arbeiterschaft verblieb, daß immer — um ein geläufigeres Bild anzunehmen — die Löhne vergeblich den Preisen nachsprangen, ist nicht der Fehler des Tarifvertrages und heinträchtigt keineswegs seinen Wert, als vollendetes Hilfsmittel gewerkschaftlicher Sozialpolitik. Wenn wir den zeitgemäßen und technisch einwandfreien, den typischen Tarifverträgen, in Lohnordnung und Tarifvertrag unterteilen und die Wirkung beider Teile auf die Lage des Arbeiters prüfen, so bestimmt die Lohnordnung die Lebenshaltung, insbesondere die materielle, der Arbeiterfamilie; die Arbeitszeit und die Urlaubsbestimmungen, die allgemeinen Gesundheitsbedingungen des Arbeiters und die Möglichkeit seiner kulturellen Wirksamkeit im Familienleben; die übrigen Bestimmungen die äußeren Bedingungen seiner Arbeitsstätigkeit und seines engeren, beruflichen Arbeitsrechts. Somit sind Tarifvertrag und B.R.G. zurzeit die beiden, zwar verschiedenartig entwickelten und ausgeprägten, aber gleich bedeutenden Berufsfundamente des Arbeiters, deren genaue Kenntnis für ihn unerlässlich ist.

Die Beziehungen zwischen B.R.G. und Tarifvertrag sind in der Hauptsache dreifacher Art, geben aber jedesmal innerhalb des B.R.G. oder über es hinaus dem Tarifvertrag große Bewegungsfreiheit bzw. stampeln ausdrücklich die Betriebsräte zu ausführenden Organen des Tarifvertrages.

Diese Beziehungen sind:

1. Die Möglichkeit, die Befugnisse der Betriebsräte durch Tarifverträge zu erweitern.
2. Die sachlich beschränkte Möglichkeit, an Stelle der gesetzlichen Betriebsvertretungen tarifliche Vertretungen zu setzen.
3. Die Aufgaben der Betriebsräte als Kontrollorgane des geltenden Tarifvertrages; die Ergänzung mangelnder tariflicher Regelungen durch Abmachungen im Betrieb; das Anstreben von Tarifverträgen in bisher tariflosen Betrieben.

Zu 1. Es ist zwar nicht im Gesetz ausdrücklich festgelegt, aber in der Begründung des B.R.G. und in den Ausschüßungen erklärt worden, daß die Aufgaben der Betriebsräte durch Tarife erweitert werden können, z. B. in der von Fall zu Fall zu erfolgenden Mitbestimmung an Stelle der bloßen Kontrolle und Beschwerde bei Einstellung und Entlassung, in der erweiterten Einsichtnahme in die Produktionsverhältnisse usw. — Diese Möglichkeit ist für die gewerkschaftliche Arbeiterbewegung von so großer Bedeutung, daß das Fehlen ihres klaren, paragrafartigen Ausdruckes an auffallender Stelle im B.R.G. zu beanstanden ist. Diese Möglichkeit macht die weitere Praxis der Betriebsräte durch Eingreifen der Gewerkschaften außerordentlich elastisch; sie bedeutet die Fähigkeit, den zentralen Charakter des B.R.G. zu Gunsten der Arbeiter etwas zu dezentralisieren, ihn den zeitlich und örtlich veränderlich bedingten Interessen der jeweils betriebsständigen Arbeiterschaft in etwa anzupassen, wenn auch von vornherein klar sein muß, daß diese Möglichkeit ein neues Kampfmoment zwischen Gewerkschaften und Arbeitgebern bedeuten wird. Es bestehen schon namhafte Tarifverträge, die diese Möglichkeit zu Gunsten der Arbeitnehmer geistig verwirklicht haben.

Zu 2. Die Möglichkeit, gesetzliche Betriebsvertretungen durch tarifliche zu ersetzen, ist grundsätzlich vorhanden, aber stark beschränkt, und das mit Recht, wenn nicht die Gefahr der Zerschlagung des zentralen Charakters des B.R.G. in der Praxis geschaffen werden soll. Die §§ 62-64 regeln hier. Es bedarf zweier Voraussetzungen, um den Erfolg zu rechtfertigen: a) daß der Eingriff der Tätigkeit der gesetzlichen Betriebsvertretung nach der Natur des Betriebes besondere Schwierigkeiten im Wege stehen (Wagnisarbeit), b) daß auf Grund eines für allgemeinverbindlich erklärten Tarifvertrages eine andere Betriebsvertretung, wenn auch nur für eine Gruppe von Arbeitnehmern, besteht oder errichtet wird.

Sind diese Voraussetzungen erfüllt, so hat der Tarif große Bewegungsfreiheit, die sich sogar auf die Voraussetzungen des B.R.G. wie Wahlberechtigung, Wahlbarkeit, Veränderung des Betriebsbegriffes usw. auswirken können. Es ist, um einen praktischen Fall zu nennen, überhaupt möglich, daß in einem größeren metallindustriellen Betriebe normal ein Betriebsrat nebst Gruppenräten besteht, und gleichzeitig

für die zahlreichen Bauarbeiter (gleich, ob dauernd oder vorübergehend beschäftigt) des Betriebes eine tarifliche Vertretung, z. B. Bauarbeiter, besteht, die neben dem Betriebsrat selbständig ist. Darin liegt vielleicht ein gewisser Mangel: Die Beziehungen zwischen gesetzlicher und tariflicher Vertretung im gleichen Betrieb sind nicht geregelt. Die Bestimmungen haben in der Hauptsache praktische Bedeutung für das Bau- und Transportgewerbe.

Zu 3. Dieser Abschnitt ist für die Betriebsräte der Metallindustrie am wichtigsten, weil er von täglich praktischem Wert ist.

Sind im geltenden Tarifvertrag Dienstvorschriften nicht vorhanden, so haben die Betriebsräte im Rahmen des geltenden Tarifvertrages (z. B. die Dienstvorschriften dürfen nicht gegen tarifliche Bestimmungen verstoßen!) gemeinsame Dienstvorschriften und Abänderungen derselben mit dem Arbeitgeber zu vereinbaren. — (§§ 66/6 und 76). Der Betriebsrat übt im Betrieb die Kontrolle über die Durchführung bestehender Tarifverträge aus. Zur Erfüllung dieser polizeilichen Aufgabe hat er auch das Recht, die Vorfälle der Lohnbücher und die zur Durchführung von bestehenden Tarifverträgen erforderlichen Unterlagen zu verlangen. (§ 71). Die Gruppenräte haben gleichfalls darüber zu wachen, daß die maßgebenden Tarifverträge durchgeführt werden. (§ 78/7) Ferner haben sie, soweit eine tarifvertragliche Regelung nicht besteht, im Benehmen mit den in Frage kommenden Gewerkschaften bei der Regelung der Arbeitsverhältnisse einschließliche Abhilfe mitzuwirken. Dieses soweit drückt wohl aus, daß ein Tarif überhaupt nicht besteht oder nicht für alle Unternehmenseinheiten oder Kategorien des betreffenden Betriebes, oder daß nicht alle Arbeitsverhältnisse im Tarif festgelegt sind. — Wo ein Tarifvertrag überhaupt nicht oder nicht für alle Arbeitnehmer besteht, hat der Betriebsrat auf Schaffung eines Tarifvertrages durch die betreffenden Gewerkschaften hinzuwirken, auf keinen Fall bei der Schaffung des Tarifvertrages die Gewerkschaften zu übergehen (aus Gründen, die im Aufschuß: Betriebsräte und Gewerkschaft dargelegt wurden!). Hier zeigt sich wieder die enge Verbindung von Gewerkschaft und Betriebsrat, die naturgemäß ein ebenso inniges Einwirken der Betriebsräte in das gewerkschaftliche Instrument: Tarifvertrag, bedingt.

Auch die Schaffung von Richtlinien über die Einstellung von Arbeitnehmern hat vorbehaltlich einer tariflichen Regelung zu geschehen. (§ 78/8). Dem entspricht auch, daß Einstellungen, die auf einer tariflichen Verpflichtung beruhen, den Richtlinien in jedem Falle vorzugehen. (§ 81/3).

Zu dem Entlassungsrecht greift der Tarifvertrag gleichfalls ein. Entlassungen, die auf einer tariflichen Verpflichtung beruhen, sind nicht einwirkungslos. Sogar bei besonders schwerer Entlassung von Betriebsratsmitgliedern wird durch den Tarifvertrag insofern beeinflusst, als die Zustimmung des Betriebsrates nicht zu Entlassungen von Betriebsratsmitgliedern erforderlich ist, bei auf einer tarifvertraglichen Verpflichtung beruhend. (§ 96).

Es bestehen somit starke Wechselwirkungen zwischen Tarifvertrag und B.R.G., die sowohl genauer Vertreten mit beiden Dokumenten vom Betriebsratspraktiker als auch stetes Anstreben eines technisch vollendeten Zusammenhanges beider zu Gunsten der Arbeiterschaft vom Gewerkschaftler verlangen. J. W.

Rundschau

Ergebnisse der Betriebsratswahlen.

Die Ergebnisse der Betriebsratswahlen im Bereiche der Mitgliedschaften des Christlichen Metallarbeiterverbandes Deutschlands sind leider noch nicht restlos ermittelt. Der vierde Teil aller unserer Verwaltungskreise, die insgesamt circa 224 000 Mitglieder umfassen, hat bis Mitte Juli berichtet. Wenngleich auch dieses vorliegende Teilergebnis noch keine allgemeine Uebersicht ermöglicht, so ist dasselbe doch sehr bemerkenswert und unter Berücksichtigung der Verhältnisse überaus erfreulich zu nennen. Von einigen dieser Orte abgesehen, hat die christlich organisierte Metallarbeiterchaft bei den Betriebsratswahlen weder ihren Mann gestellt, und teilweise Achtungserfolge erzielt, die alle Erwartungen übersteigen.

Die vorliegenden Berichte erstrecken sich auf die Verwaltungskreise Bochum, Dortmund, Duisburg, Essen, Gelsenkirchen, Hattingen, Mülheim (Ruhr), Neutied, Sekdorf, Dillenburg, Hagen, Hamm i. W., Rheine, Olpe, Schwelm, Berlin, Ludwigshafen, Elm, Magdeburg, Silesien, Kattowitz und Leipzig. Insgesamt wird von den Wahlen in 574 Betrieben berichtet, die 338 946 Arbeiter und Arbeiterinnen beschäftigen. Von diesen gehörten 74 419 dem christlichen Metallarbeiterverband, 141 366 dem sozialdemokratischen Metallarbeiterverband, 19 937 dem H.-D. Gewerksverein und 50 433 sonstigen Verbänden und Vereinigungen als Mitglieder an. Demnach wären also noch über 52 000 unorganisiert.

Von den 574 Wahlen stellte der Christliche Metallarbeiterverband in 395 allein oder eine eigene Wahlvorschlusliste auf. An gemeinsamen Wahlen waren beteiligt: der christliche Verband in 179, der sozialdemokratische Verband in 158, der H.-D. Gewerksverein in 82, sonstige Verbände und Vereinigungen in 19 Fällen. Bei 33 von diesen Wahlen gingen die drei Metallarbeiterverbände, bei 104 Wahlen der christliche und der sozialdemokratische, bei 42 Wahlen der christliche und der H.-D. bei 5 Wahlen der H.-D. und der sozialdemokratische gegen den christlichen Verband gemeinsam vor. Bei zwei Wahlen einigten sich der H.-D. der sozialdemokratische Metallarbeiterverband und die radikale Liste zu einer Liste gegen den christlichen Verband. In weiteren 14 Fällen ging der sozialdemokratische Verband gemeinsam mit sozialistischen, unorganisierten, spartakistischen oder mit sogenannten freien Vereinigungen gemeinsam bei den Wahlen vor. Wie aus dem Bericht ferner zu ersehen ist, sind bei allen Wahlen die christlichen Berufsverbände, wo mehrere in Frage kommen, stets gemeinsam vorgegangen. Auch wird wiederholt von gemeinsamen Wahlen mit den Angestellten- und Beamtenverbänden des D. G. B. berichtet, deren Zahlen unter der Rubrik „Sonstige Organisationen“ eingestellt sind.

Insgesamt entfielen Vertreter auf die einzelnen Verbände: 1. Christlicher Metallarbeiterverband 1142 Betriebsratsmitglieder, 121 Arbeiterratmitglieder; 2. Sozialdemokratischer Metallarbeiterverband 1332 Betriebsratsmitglieder, 127 Arbeiterratmitglieder; 3. Hirsch-Dunker'scher Metallarbeiterverband 166 Betriebsratsmitglieder, 24 Arbeiterratmitglieder; 4. sonstige Verbände und Vereinigungen 232 Betriebsratsmitglieder, 16 Arbeiterratmitglieder.

Von den letzten Vertretern geht aus den Berichten hervor, daß davon 44 und 2 auf die Polen, 40 und 4 auf die Unionisten, 19 und 4 auf die Syndikalistischen, sowie 5 und 1 Vertreter auf die sogenannten freie Vereinigung entfallen. In die Zahlen der Vertreter sind jeweils die gewählten Obmänner für kleinere Betriebe mit einbezogen.

Das Ergebnis ist sehr bemerkenswert. Während dem sozialdemokratischen Verb. fast doppelt so viel Mitglieder in den obgenannten Betrieben als zu uns gehören, haben wir dennoch annähernd fast die gleiche Zahl von Betriebsräten und Arbeiterratmitgliedern aufgebracht, wie er.

Das ist ein sehr erfreuliches Zeichen und sollte unseren Kollegen Veranlassung geben, mit allen Mitteln auch weiterhin am Ausbau unseres Verbandes und der Durchbringung der Arbeiterschaft mit uns zu arbeiten.

Bezahlung des Zellverlustes durch Inanspruchnahme des Betriebsrates.

Eine vorbildliche Vereinbarung ist in den letzten Tagen in einer Streitfrage bei der Firma Boley u. Leinen, Maschinenfabrik in Eßlingen, vor dem Schlichtungsausschuß in Stuttgart zustande gekommen.

Nach der Vereinbarung bezahlt die Firma vorläufig bis zum Inkrafttreten der bei den schwebenden zentralen Verhandlungen der beiderseitigen Organisations der Metallindustrie in Berlin zustande kommenden tariflichen Vereinbarungen den Arbeitern, welche die Sprechstunde des Betriebsrates besuchen, die Zeit der damit verbundenen Arbeitsverhinderung.

Der Betriebsrat übernimmt dagegen die Sorge dafür, daß die Arbeiter, welche die Sprechstunde in Anspruch nehmen, keine Arbeitszeit unnötig veräußern; und die Arbeiterschaft verzichtet für den Fall, daß die zu erwartenden tariflichen Abmachungen ein für die Arbeiterschaft vorteilhafteres Ergebnis zeitigen, für die künftigen Fälle auf die Vorteile dieses vorläufigen Vergleiches.

Der u. j. p.-Betriebsrat als „Geschäftsmann“ und Komiker

Im Mai d. J. hat auf der Schlichtungsstelle in Berlin eine Berliner Firma durch ihren Reisenden englische Maschinen zum Kauf an. Da der vorgelagte Probeanzug den Kameraden gefiel, und der Anzug nur 100 M. kosten sollte, wurden erhebliche Bestellungen gemacht. Der u. j. p.-Betriebsratsmitglied L. (Hilfsberuf Kaufmann) nahm sich der Vermittlung dieses Geschäftes mit der Berliner Firma besonders an und versicherte in einer darauf abgehaltenen Besprechung, daß er dafür sorgen werde, daß nur gute Anzüge geliefert würden. In diesem Zwecke würde eines der Betriebsratsmitglieder selbst (das heißt er selbst) nach Berlin fahren, um die Expedition der Anzüge zu überwachen. Als L. in Berlin angekommen war, wurde ihm seitens der Firma eröffnet, daß die Anzüge sofort in der bestellten Weise zu liefern, trotzdem vereinbart worden war, daß die Zahlung erst nach Ankunft der Anzüge auf der Post erfolgen sollte. Als nächster Geschäftsmann telegraphierte L. an die Besprechungsstelle, daß die Firma sofort Geld verlange, worauf die Besprechungsstelle sich zunächst nach der Beschaffenheit der Anzüge erkundigte. Auf die von L. dann eingelassene Rückantwort, daß die englischen Anzüge la seien, gab die Besprechungsstelle einer Berliner Bank Anweisung, 175 000 Mark an L. auszugeben. Doch welche Enttäuschung bemächtigte sich der sehr leichtgläubig an die englischen Anzüge wartenden Kameraden, als diese eben hier angekommen waren. Berissen, zerkrummt, verstaubt, zum Teil mit Öl beschmiert, so wie sie von den heimkehrenden Soldaten abgegeben worden waren, erschienen auch von Weinbergen, da manchmal nur 1 Hosenbein vorhanden war, so entpuppten sich die la englischen Maschinen zum Verdragen der Kameraden, die nun alle gemeinsam auf den Kauf der Anzüge verzichteten. — Diese Geschäftsmannschaft des Unionisten L. ist es wohl gewesen, die Veranlassung gab, daß L. bei der insolventen Aufsicht ausgereichenem Nachwahl zum Betriebsrat von seinen Kameraden nicht mehr als Kandidat aufgestellt werden soll. Wenn die Union viele solcher schätzbaren Geschäftsmänner und Arbeitervertreter besitzt, kann sie stolz darauf sein. Nach dem eigenartigen Verlauf dieses Geschäftes erklärte L. seinen Kameraden, daß er erhaltungsbefähigt sei und trat einen 14tägigen Urlaub an, von dem er, trotz Ablauf der Urlaubszeit, noch nicht zurückgekehrt ist. Man berichtet, daß L. gegenwärtig seinem eigentlichen Beruf als Komiker nachgeht und zwar sich in augenblicklich Gastrollen geben bei den in Paderborn liegenden Reichswehrtropen. Daß die U.S.B. die Reichswehr zu allen Zeiten wünscht, ist bekannt, daß aber ihre Wünsche, wie im vorliegenden Falle bei L., der zur U.S.B. gehört, bei der Reichswehr komische Gastrollen geben, verdient doch der Originalität halber festgehalten zu werden.

Niedrige sozialdemokratische Kampferweise.

In dem Organ der sozial. Geizer u. Maschinen Nr. 26 vom 18. Juni wird von einer Betriebsversammlung der Tagelöhner von Kaiserstuhl II, Dortmund, die nach Meinung des Einsenders einen „interessanten Verlauf“ nahm, berichtet. Viel interessanter ist aber der Bericht, in dem berichtet wird, der christlichen Organisation im allgemeinen und dem Betriebsrat im besonderen ein auszuweichen. Der Betriebsrat, durch das Betragen der Belegschaft gewöhnt, hat bisher das Beste für die Beteiligten zu erreichen versucht und auch sehr viel für die Kollegen erreicht. Dieses scheint den Artikelschreiber des Geizers und Maschinenverbandes doch mächtig zu ärgern. Der Zweck dieser Werbung tritt zu deutlich aus dem Bericht hervor. Man versucht, dem Betriebsrat Steine in den Weg zu legen und ihm die Arbeit schwer zu machen. Die Einstellung des Betriebsrates soll unterminiert werden, um evtl. einem anderen Platz zu machen. Für wen, braucht nicht gesagt zu werden, das befragt der Artikelschreiber am Schluß seines Berichtes. Wenn dann die Berichterstattung des Vertreters des christlichen Metallarbeiterverbandes kritisiert wird, so sei hier nur das eine gesagt, es muß doch um die Agitation des Geizers- und Maschinenverbandes schlecht bestellt sein, wenn man zu solchen Mitteln greifen muß, um die Schäflein bei der Stange zu halten. Aber auch diese Gehe gegen den Vertreter einer christlichen Organisation wird dem Geizers- und Maschinenverbandes nicht ein Mitglied mehr bringen und auch die einschüchternden Kollegen nicht davon abhalten, demselben den Rücken zu kehren, weil ihnen der Pant und Stank in den Rücken des Geizers- und Maschinenverbandes besonders hier in Dortmund zum Stel geworden ist. Dann berichtet der Artikelschreiber mit Behagen, daß er in der Berammlung den Zeitnehmern den Verband der Geizer und Maschinen empfohlen habe und daß der Betriebsrat sich gegen diese Agitation gewandt habe. Daß derselbe hierzu verpflichtet war, darauf aufmerksam zu machen, daß eine Betriebsversammlung keine Agitationsversammlung ist, scheint der Artikelschreiber noch nicht zu wissen und er müßte sich in dieser Weise belehren lassen.

Betreffs der Auslegung, ob Tarif oder Mindestlohn, sei hier nur erwähnt, daß der Betriebsrat, Kollege Gundlach, eine ganze Anzahl Eignungen und Besprechungen mit der Betriebsleitung bzw. mit dem Herrn Uffessor gehabt hat, wo Kollege Gundlach stets den Standpunkt vertreten hat, daß die Löhne Mindestlöhne seien. Weil aber im Tarif die Rede von Tariflöhnen war, lehnte die Betriebsleitung ab, die Löhne als Mindestlöhne anzusehen. Da auf anderen Schlichtungsstellen der christlich-sozialistischen Einkochentendenz auch diese Unstimmigkeiten zu Tage traten, wurde auf Betreiben der Metallarbeiterorganisation in den protokollierten Erklärungen zum Tarifvertrag vom 21. Juni 1920 zu § 5 festgelegt, daß die Tariflöhne bzw. Tariflöhnenlöhne als Mindestlöhne zu gelten haben. Im übrigen beweist die Arbeit des Kollegen Gundlach als Betriebsrat, daß er stets unparteiisch die Interessen der Mitglieder aller Zentralorganisationen mit Nachdruck und Erfolg vertreten hat und auch alle Kollegen mit seiner Tätigkeit sehr zufrieden sind, nur komischer Weise der Artikelschreiber des Geizers- und Maschinenverbandes nicht. Der Grund scheint darin zu liegen, daß der Kollege Gundlach dem Artikelschreiber in früheren Berammlungen ab und zu recht geräuschvoll befehlen mußte, daß man mit demagogischen und ausbeutenden Redensarten den Arbeiterinteressen nicht dienlich, sondern nur durch praktische Interessensvertretung der Kollegen, Darum setzenmetallarbeiter, Geizer und Maschinenleute merkt auf, hört nicht auf unverantwortliche Geizer und Schreier, sondern haltet treu und fest zu unseren Betriebsratsmitgliedern, die in jeder Beziehung eure Interessen vertreten und nicht weiter unseren christlichen Metallarbeiterverband, dann werden wir auch in Zukunft gleiche Erfolge zeitigen wie bisher.